

# Strategie Stromnetze

## Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

Hauseigentümerverband Schweiz, Seefeldstrasse 60, 8032 Zürich

#### Inhalt

Szenariorahmen .....	2
Bedarfsermittlung .....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz .....	8
Öffentlichkeitsarbeit .....	9
Geodaten .....	10

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der HEV Schweiz unterstützt grundsätzlich die gesetzliche Einführung eines Szenariorahmens. Dies jedoch nur unter der Voraussetzung, dass bei der Ausarbeitung eines solchen sichergestellt ist, dass dieser nicht alleine durch Bundesstellen ausgearbeitet wird. In der aktuell angedachten Regelung wird dem BFE deutlich zu viel Kompetenz zugestanden. Eine ordentliche Vernehmlassung reicht hierzu nicht aus. Nebst der Zustimmung durch den Bundesrat braucht es auch die Zustimmung der Kantone zur Genehmigung des Szenariorahmens. Entsprechend ist Art. 9a Abs 3 zu ergänzen: Der Szenariorahmen ist dem Bundesrat **und dem Parlament** zur Genehmigung vorzulegen.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Selbst wenn die Zeit immer schnelllebig wird, kann es nicht sein, dass Grundlagenberichte für derart langfristige Projekte alle paar Jahre grundlegend aufgearbeitet werden müssen. Dies fördert die ereignisgesteuerte Politik und verhindert eine langfristige Ausrichtung. In diesem Sinne empfiehlt der HEV Schweiz die Periodizität auf 10 Jahre zu erhöhen. Wird der Szenariorahmen wie durch den HEV Schweiz gefordert in Art 9a Abs 3 breit abgestützt verabschiedet, sind schnellere Zyklen zusätzlich nicht erforderlich und nicht ökonomisch. Weiterhin kann der Bundesrat eine vorgezogene Nachführung anordnen wenn dies geboten ist.

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

*Art. 9d Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich sollte es im Interesse eines jeden Netzbetreibers sein, seine Netze optimal zu nutzen und zu betreiben. Nur so wird ein wirtschaftlicher Betrieb möglich sein. Eine zusätzliche Regelung ist daher nicht notwendig. Trotz Optimierung muss sichergestellt werden, dass die wirtschaftliche Tragbarkeit nicht zu Lasten der Reservekapazitäten und somit der Netzsicherheit erreicht wird.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

*Art. 9c StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind Sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

*Art. 9e Abs. 2 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Einbezug der Kantone ist für die nationale Netzgesellschaft sowie auch für die Netzbetreiber zwingend.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es kann von den Netzbetreibern nicht verlangt werden, dass diese ihre Mehrjahresplanungen, welche einen Zeitrahmen von 20 und mehr Jahren enthalten, alle fünf

Jahre überarbeiten müssen. Entsprechend ist auf die Fristansetzung zu verzichten. Werden hingegen die Szenariorahmen ebenfalls nur im Zehnjahresrhythmus erarbeitet (siehe Frage 3), kann von den Netzbetreibern durchaus verlangt werden, dass sie innert Jahresfrist ihre Planungen entsprechend ausgerichtet haben.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Siehe Frage 7.

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Sollte auf der Frist für die Netzbetreiber gemäss Art. 9b Abs 1 festgehalten werden, hat auch für die ElCom dieselbe Frist zu gelten.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Aufgrund der Kumulierung mehrerer Mehrjahrespläne durch verschiedene Netzbetreiber, kann die Frist ggf. zu kurz sein. Zur Sicherstellung der Planungssicherheit der Netzbetreiber ist sie allerdings auch nicht viel länger anzusetzen.

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das Prädikat „von nationalem Interesse“ hat weitreichende Konsequenzen im Bereich der Interessenabwägung in der Raumplanung. Es ist deshalb notwendig, dass die spezifischen Anlagen vom Parlament, unter Anhörung der betroffenen Gemeinden und Kantone, auf ihre Bedeutung für das Übertragungsnetz hin beurteilt werden können bevor ihnen der Status „nationales Interesse“ zugestanden wird.

In Abgrenzung zu „internationalem Interesse“ ist das nationale Interesse Vorrangig zu beurteilen. Projekte welche dem internationalen Stromhandel dienen dürfen lediglich dann dem nationalen Interesse gleichgestellt werden, wenn die Bevölkerung und die betroffenen Grundeigentümer nicht in ihren Rechten beschnitten werden oder deren Lebensqualität nicht beeinträchtigt wird.

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Grundsätzlich ist die Pflicht eines Sachplanverfahrens richtig. Es muss dabei aber auch für die durch den Bundesrat bewilligten Ausnahmen sichergestellt sein, dass die

betroffenen Gemeinden und Kantone sowie die Grundeigentumsbesitzer sich zur neuen Leitung äussern können. Es geht nicht an, dass der Bundesrat über die Ausnahmeregelung den Einbezug der betroffenen Kreise umgehen kann.

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPpA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Unter Art. 15i ist zudem zu ergänzen, dass nicht alleine der Bundesrat den Planungskorridor festsetzt sondern, dass dies gemeinsam mit dem betroffenen Kanton zu erfolgen hat. Abs 3 ist entsprechend zu ergänzen: Der Bundesrat setzt **gemeinsam mit dem betroffenen Kanton** den Planungskorridor fest und bestimmt die anzuwendende Übertragungstechnologie. Weiter ist nicht zuzulassen, dass die Festlegung von Korridoren ganz der Verwaltung überlassen werden kann. Art. 15j ist zu streichen!

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Aus Sicht des HEV Schweiz ist die Aufgabenteilung klar zu trennen und die Formulierung so zu belassen wie sie aktuell im EleG steht.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Projektierungszonen und Baulinien können nicht vom BFE selber festgesetzt werden. Das BFE kann solche beantragen. Die Planungshoheit liegt aber bei den Kantonen. Art 18b Abs 1 ist entsprechend anzupassen: Die **Kantone können** auf Antrag der Unternehmung Baulinien zur Sicherung von Starkstromanlagen oder zur Sicherstellung eines allfälligen Ausbaus oder einer Erneuerung festlegen.

Allgemein zu den Projektierungszonen und Baulinien:

Die Massnahmen zugunsten der Planung von neuen Starkstromanlagen (Projektierungszonen und Baulinien) müssen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Grundeigentümer verhältnismässig sein.

Zu Art. 18a:

Abs. 1: Die Projektierungszonen können, auf Antrag des BFE, **durch die Kantone** für eine Dauer von höchstens fünf Jahren festgesetzt werden. Die Geltungsdauer kann **nicht** verlängert werden.

Gemäss Art. 6 Abs. 1 EntG darf eine vorübergehende Enteignung für höchstens fünf Jahre angeordnet werden. Dies soll auch analog für Projektierungszonen gelten. Eine Verlängerung um weitere drei Jahre ist abzulehnen, da eine längere und entschädigungslose Einschränkung der Planungs- und Eigentumsfreiheit für Eigentümer unverhältnismässig wäre. Eine Planungsoption von fünf Jahren hat den Unternehmern zu reichen.

Abs. 2: **Die Kantone heben** eine Projektierungszone von Amtes wegen oder auf Antrag der Unternehmung, der betroffenen Gemeinde **oder der betroffenen Grundeigentümer** auf, wenn feststeht, dass die geplante Starkstromanlage nicht ausgeführt wird.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Zur Entlastung des BFE sollen verwaltungsexterne Personen zur Unterstützung von Plangenehmigungsverfahren beigezogen werden können. Das eigentliche Verfahren muss jedoch prioritär in den Händen des BFE verbleiben. Dadurch wird sichergestellt, dass Externe nicht aufgrund anderer Partikularinteressen durch Dritte beeinflusst werden können.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Alleine die Kosten können für den Entscheid zwischen Erdverlegt und Freileitung nicht herangezogen werden. Analog zum „Prüfungs- und Beurteilungsschema Kabel-Freileitungen“, müssen weitere Parameter mitberücksichtigt werden.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ein Mehrkostenfaktor sollte höchstens dahingehend eingeführt werden, als eine maximale Obergrenze bestimmt wird, ab wann eine Erdverlegung nicht mehr erzwungen werden kann, auch wenn sämtliche anderen Parameter dafür sprechen.

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ausnahmeregelungen können durchaus sinnvoll sein. Die aktuelle Formulierung regelt diese jedoch einseitig zu Lasten der Netzbetreiber.



22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?  
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Letztendlich werden die gesamten Kosten ohnehin vom Konsumenten zu bezahlen sein. Entsprechend spielt es keine Rolle, wo diese angerechnet werden.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Siehe Frage 23.

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die neutrale Information der Bevölkerung ist nicht nur eine Kompetenz sondern die Pflicht des Bundes. Hierbei besteht allerdings die Gefahr, dass flächendeckend eine Information gestreut wird ohne dass die Bevölkerung einen konkreten Nutzen daraus ziehen kann. Eine öffentliche Information hat verpflichtend und ganz gezielt für die Gebiete

in denen ein neues Übertragungsnetz installiert oder ausgebaut werden soll zu erfolgen. Dadurch wird sichergestellt, dass zum richtigen Zeitpunkt informiert wird und primär die Regionen die auch Mitwirken können in Kenntnis gesetzt werden.

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☒ Ja    ☐ Nein    ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es ist begrüßenswert, dass das BFE die Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt. Dies sollte jedoch primär in einer Koordinationsfunktion für die Netzbetreiber geschehen. Das zu Verfügung stellen an die Öffentlichkeit muss jedoch nach dem Holprinzip geschehen und durch den Beantragenden begründet werden.